



An das dänische Umweltministerium

Einwendung gegen das Vorhaben der Firma Maersk Oil zur Durchführung umfangreicher aufsuchungs- und fördertechnischer Maßnahmen bis 2042 im Rahmen des GORM-Projekts in der dänischen Nordsee im Grenzgebiet zum deutschen Entenschnabel

Die Firma Maersk Oil plant im Rahmen ihres GORM-Projekts die Herstellung und den Betrieb von zwei neuen Bohrlöchern bei der Ölplattform Dagmar, bis zu fünf neuen Bohrlöchern bei der Bohrplattform Rolf und von bis zu 21 Bohrlöchern an genutzten Slots bei den Bohrplattformen Gorm und Skjold. Die dadurch beabsichtigte Gewinnung von Gas und Öl erfolgt mit der umweltgefährdenden Fördermethode Fracking, in den Unterlagen zu Umweltverträglichkeitsstudie mit „Stimulation“ bezeichnet. Aufgrund der erheblichen Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit mache ich hiermit Einwendungen gegen das Vorhaben geltend:

- Die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie enthält in weiten Teilen keine quantitativen Ermittlungen und Bewertungsmaßstäbe. Die Auswirkungen werden lediglich subjektiv eingeschätzt. Auf dieser Grundlage ist ein Gefahrenausschluss mangels einer detaillierten Auswirkungsbetrachtung und Bewertung der Folgen geplanter Aktivitäten sowie von Unfällen nicht möglich.
- Die Umweltverträglichkeitsstudie berücksichtigt die spezifischen Umweltauswirkungen des Einsatzes der Fracking-Technik nur unzureichend.
- Die Gasförderung erfolgt auf der Grundlage der Herstellung von Spalten und Rissen im Gestein, wobei ein Großteil der hierfür verwendeten Chemikalien in der geackten Gesteinsformation verbleiben soll. Die verwendeten Chemikalien werden nicht konkret angegeben. Im Untergrund verbleibt daher eine nicht abschätzbare Gefahr für das maritime Ökosystem.
- Durch das Fracking auf dem Meeresgrund kann es zu Erdbeben kommen. Die hierdurch hervorgerufenen Gefahren werden in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht betrachtet, sind aber angesichts der Erfahrungen aus anderen Staaten als nicht akzeptabel anzusehen.
- Der größte Teil des Rückflusses (Flowback) wird wieder in die Lagerstätten bei Gorm und Skjold injiziert. Diese Verpressung kann ebenfalls zu erheblichen Erdbebenrisiken führen. Zudem enthält das Förderwasser Fracking-Chemikalien, die zu Wasserkontaminationen führen können.
- Während der Sondierungs-, Förder- und Außerbetriebnahmeaktivitäten kann es zu schweren Unfällen kommen. Dazu gehören Öl- und Chemikalienfreisetzungen aufgrund einer Schiffskollision oder von Pipelineleckagen. Größere Gasfreisetzungen können aufgrund eines Blowouts erfolgen. Eine mögliche größere Ölpest hätte erhebliche negative grenzüberschreitende Auswirkungen.
- Durch Leckagen kann relevantem Maße Methan entweichen und so zur Klimaschädigung beitragen.
- Bereits im Normalbetrieb sind aufgrund von Unterwasserlärm erhebliche Auswirkungen auf Meeressäuger wie den häufig im Projektgebiet anzutreffenden Schweinswal zu erwarten. Bei Unfällen ist von großflächigen Schäden des empfindlichen maritimen Ökosystems auszugehen. Das Projektgebiet ist zudem ein wichtiger Laichgrund für Kabeljau und Weißfisch.

- Das Projekt gefährdet insbesondere aufgrund der möglichen Unfälle Fischerei und Tourismus in der Region.
- Angesichts der zu erwartenden negativen Umweltauswirkungen ist das Projekt abzulehnen. Statt auf fossile Energieträger zu setzen, sollte der Ausbau der erneuerbaren Energien stärker vorangetrieben werden.

Name, Vorname	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Wohnort	Unterschrift	Interesse an weiteren Informationen des BBU? Postalisch (x) oder per E-Mail? Dieses Feld wird vor dem Einreichen der Liste geschwärzt)

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. sendet Einwendungen an das dänische Umweltministerium weiter, die bis zum **15.12.2015** bei ihm eingetroffen sind: **BBU, Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn**. Fragen? BBU-Geschäftsstelle 0228-214034

Die Einwendungen müssen bis zum **23.12.2015** beim dänischen Umweltministerium vorliegen. Ministry of Environment and Food, Nature Agency, Haraldsgade 53, DK-2100 Copenhagen, Denmark. **Bei eigenem Versand an das Ministerium die rechte Spalte NICHT ausfüllen.**